

Anhaltende Schwächen der Schweizer Rückführungspolitik zeigen sich am neuen Fall Indonesien

Gemäss einem Artikel der Jakarta Post vom 6. Februar hat die indonesische Regierung aufgrund einer Rechtshilfevereinbarung die Schweiz gebeten, 14,9 Millionen US-Dollar auf einem Schweizer Bankkonto von ECW Neloe, dem früheren Präsidenten der Bank Mandiri zu blockieren. Neloe ist in Indonesien zu 10 Jahren Haft verurteilt worden. Ferner gelang es Indonesien nach dem Zeitungsbericht, die Blockierung von 9,9 Millionen US-Dollar auf einem Schweizer Bankkonto von Irawan Salim, dem ehemaligen Präsidenten der Global Bank zu erwirken.

Auf Anfrage von Aktion Finanzplatz Schweiz dementierte das Bundesamt für Justiz (BJ) die indonesische Pressemeldung der Blockierung. Eine Fortsetzung der diplomatischen Bemühungen der Schweiz ist nicht geplant. Das EDA bestätigte die Angaben des BJ. Aktion Finanzplatz Schweiz forderte in einer Pressemitteilung vom 7. Februar sofortige diplomatische Bemühungen der Schweiz, die zur Blockierung der Konten führen.

Mit Bezug auf das Postulat 07.3459 von FDP-Nationalrat Felix Gutzwiller forderte Aktion Finanzplatz im Communiqué ferner, Gelder müssten bei dringendem Verdacht auf kriminelle Herkunft auch ohne Rechtshilfesuch bzw. vor Beginn und nach Abschluss eines Rechtshilfeverfahrens so lange blockiert werden dürfen, bis im Herkunftsland der politische Wille festzustellen ist und entsprechende Massnahmen umgesetzt werden, die Vermögen transparent an den Staat zurückzuführen. Gleichzeitig müsste dafür gesorgt werden, dass die Vermögen zu Gunsten der Bevölkerung verwendet werden und diese Verwendung durch ein Monitoring sichergestellt wird.

Ungelöst bleibt auch der Fall des am 27. Januar verstorbenen Ex-Diktators Suharto, der letzten Juli wegen Veruntreuung von 441 Millionen US-Dollar angeklagt worden ist.

Max Mader